

„Mitbestimmung, Innovation und Demokratisierung der Wirtschaft – Praktische und konzeptionelle Herausforderungen angesichts der Weltwirtschaftskrise¹

1. Einleitung

Bis etwa um die Mitte der Dekade stand das deutsche Modell der institutionalisierten Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen unter massivstem neoliberalen Beschuss (Höpner 2004, Martens/Dechmann 2010, 102-108). Er flaute erst ab, als nach Bildung der großen Koalition eine rechtliche Schwächung der Unternehmensmitbestimmung nicht länger auf der tagespolitischen Agenda stand. Während die Auseinandersetzungen um Veränderungen der rechtlich-institutionellen Grundlagen mit den Ergebnissen der zweiten Biedenkopf-Kommission zunächst einmal erledigt schienen,² führte die Mitbestimmungspraxis im Ergebnis bemerkenswerter gewerkschaftlicher Kampagnen wie „besser statt billiger“ (Wetzel 2005, Korflür u. a. 2010, Martens/Dechmann 2010, 108-115) dazu, dass eher das innovative Potential von Mitbestimmung im Hinblick auf die Stärkung von Grundelementen des deutschen Modells industrieller Entwicklung (Abelshauer 2003) in den Vordergrund der Diskussion gerückt werden konnte (Sperling/Wolf 2010, Wittke u. a. 2010). Seither führte der offene Ausbruch der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise seit dem Herbst 2008 dazu, dass der stabilisierende Effekt von Mitbestimmung wieder höher geschätzt wurde und den Gewerkschaften im Zuge ihrer Stützung krisenbedrohter ‚systemrelevanter‘ Unternehmen wie Schaeffler oder Opel erweiterte Mitbestimmungsrechte gleichsam wie reifes Obst in den Schoss fielen. Mit den massiven Krisenentwicklungen, deren Folgen auch angesichts des überraschend starken Aufschwungs der deutschen Exportwirtschaft im Sommer 2010 (SZ 24./25. 07.1010) unabsehbar sind, zeichnet sich sogar eine neue Debatte zum Thema Wirtschaftsdemokratie ab, auch wenn dieser Begriff im gewerkschaftlichen und gewerkschaftsnahen Diskurs, in zumeist kurzschlüssiger Gleichsetzung mit Mitbestimmung, bislang eher als eine Leerformel auftaucht. Die Diskussion erhält trotz dieser Schwäche eine neuerliche Wendung, die deutlich über die Bemühungen hinausweist, gegen das neoliberale Rollback die Fahne der Mitbestimmung weiter hochzuhalten. An diesen Bemühungen

¹ Der Aufsatz fußt auf einem Referat über „Mitbestimmung im Epochenbruch – ein Beitrag aus soziologischer Perspektive“ für einen Workshop des „Netzwerk Geschichte“ zu „Wirtschaft und Demokratie in historischer Perspektive“, Düsseldorf 29./30.05. 2010.

² Allerdings unterzeichneten die Arbeitgebervertreter deren Gutachten nicht mit (Höpner 2007).

hatte ich mich zu Beginn der Dekade mit einer Zwischenbilanzierung meiner eigenen Arbeiten zum Thema aktiv beteiligt und damals nach einer schon mehr als ein Jahrzehnt massiven Krisenentwicklung der Mitbestimmung (Martens 1997) im Blick nach vorne für deren Zukunftsfähigkeit argumentiert (Martens 2002).³

Für solche Bilanzierungen, wie auch die ihnen zugrunde liegende eigene kontinuierliche Forschung, sind je spezifische spezialdisziplinäre Bezüge – etwa zur Arbeits- und Industriosozologie, zu geschichtswissenschaftlichen Zugriffen, zur betriebswirtschaftlichen Organisationsforschung, zur Rechtstatsachenforschung, zu den Politikwissenschaften oder zur Ökonomie in aller Regel nur von begrenztem Nutzen.⁴ Wird neben wissenschaftlicher Fundierung Praxisnähe beansprucht, so ist Interdisziplinarität gefordert. Für die Sozialforschungsstelle Dortmund als Landesinstitut war solche Interdisziplinarität auf dem Feld empirischer Arbeitsforschung prägend.⁵ Dabei mag für mich persönlich vielleicht der politikwissenschaftliche Disziplinbezug besonders bedeutsam sein, mit dem ich allerdings immer ganz wesentlich in „klassisch“ industriosozologischen Feldern gearbeitet habe. Ich könnte mich aber wohl zutreffend als problemorientierten empirischen Sozialforscher und „Grenzgänger“, zwischen Wissenschaft und außerwissenschaftlicher Praxis und auch zwischen verschiedenen Disziplinbezügen, bezeichnen, und ich denke, dass man meinem Thema nur durch den Rückbezug auf mehrere einzelwissenschaftliche Bezugssysteme gerecht werden kann.

Nach meiner erwähnten Zwischenbilanzierung im Jahre 2002 hätte ich vermutet, Mitbestimmung als Forschungsgegenstand wäre für mich im wesentlichen abgearbeitet – insbesondere auch deshalb, weil die Aussichten schlecht waren, in diesem Gegenstandsbereich noch einmal größere Projekte akquirieren zu können.⁶ „Mitbe-

³ Vgl. in diesem Zusammenhang u. a. auch meine Bewertungen der Transformationsforschung nach der deutsch-deutschen Vereinigung (Martens 1996 u. 1998), meine kritische Bewertung des Standes der Mitbestimmung zwanzig Jahre nach Inkrafttreten des MitbestG'76 (Martens 1997) sowie meine Kritik der Ergebnisse der zweiten Kommission Mitbestimmung (Martens 1999).

⁴ Pirker (1978) hat als erster darauf hingewiesen, dass eine auf die weitere Entfaltung der Praxis orientierte Mitbestimmungsforschung eigentlich nur denkbar sei, wenn sie hochschulfern und unabhängig von den jeweiligen Forschungskonjunkturen einzelner Disziplinen etabliert werden könne. Der vorliegende Beitrag kann daran anschließend auch als Plädoyer dafür gelesen werden, eine neuerliche empirische Bestandsaufnahme, sofern sich dafür ein Förderer findet, interdisziplinär anzulegen und nicht, mehr oder weniger kurzatmig aktuellen wissenschaftlichen Themenkonjunkturen zu folgen, die gegenwärtig z.B. nahelegen, sie mit der aktuellen Debatte in einen gesellschaftspolitisch positiv besetzten Innovationsbegriff zu verknüpfen.

⁵ Die sfs wurde 1972 als Landesinstitut wieder gegründet und entwickelte über 35 Jahre hinweg den ihr eigenen Typus anwendungsorientierter und eher hochschulferner Forschung. Im Zuge des allgemeinen Trends der Reakademisierung eines solchen Typus von Forschung ist die sfs seit 2008 zentrale wissenschaftliche Einrichtung der TU - Dortmund geworden.

⁶ Anwendungsorientierte Forschung ist typischerweise marktnah organisiert und mithin in hohem Maße drittmittelabhängig. Das Thema Mitbestimmung hatte aber nach den

stimmung im Epochenbruch“, gestellt in den Kontext einer Behandlung von Wirtschaft und Demokratie in historischer Perspektive, wurde für mich dann aber über meine Mitarbeit im „Forum Neue Politik der Arbeit“ (FNPA)⁷ wieder aktuell. Es waren so Impulse aus dem Dialog mit Gewerkschaftspraktikerinnen, die mich veranlasst haben, das Thema „neue Wirtschaftsdemokratie“ vor allem in seiner politischen Dimension – also im Hinblick auf die demokratiethoretischen Leerstellen der älteren wirtschaftsdemokratischen Konzepte – konzeptionell neu aufzugreifen (Martens 2010a u. b). Im vorliegenden Aufsatz umreißt ich zunächst die konzeptionellen Herausforderungen einer Analyse der Mitbestimmung im Kontext der Ergebnisse des Wissenschaftler-Praktiker-Dialogs im Rahmen des „Forums Neue Politik der Arbeit“ sowie im Hinblick auf den Mainstream der industriesoziologischen Forschung zum Thema (Kapitel 2). Ich knüpfe dann an meine älteren Zwischenbilanzierungen zur empirischen Mitbestimmungsforschung und an meine eigenen umfänglichen Arbeiten in diesem Forschungsfeld an (Kapitel 3). Ein Wort von U. Borsdorf (1982,74) aufgreifend, demzufolge die Mitbestimmung „die isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie für die Kräftekonstellation der Nachkriegszeit“ gewesen ist, erörtere ich danach die auf den ersten Blick überraschende Themenkonjunktur von Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft (Kapitel 4), um abschließend den Vorschlag zu unterbreiten, angesichts der aktuellen Krisenentwicklungen, die nicht zuletzt auch eine Krise der Politik beinhalten, „neue Wirtschaftsdemokratie“ als ein soziales und politisches Projekt zu konzipieren. Dies wird nur im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis möglich sein und dazu bedürfen insbesondere. so meine These, die demokratiethoretischen Leerstellen älterer wirtschaftsdemokratischer Überlegungen einer sorgfältigen Reflexion und theoretischen Füllung.

2. Aktuelle Bezüge und konzeptionelle Herausforderungen

Bei Ausbruch der Weltfinanzkrise ist im politischen Diskurs vielfach von einer „Zeitenwende“ die Rede gewesen (vgl. Martens 2010a, 24f). Der Begriff unterstreicht die Dramatik der damaligen Situation und einer seitherigen Krisenentwicklung, von der nicht wenige kompetente Beobachter meinen, dass wir sie bei weitem noch nicht überwunden haben. Zugleich ist der Begriff der „Zeitenwende“ analytisch ausgespro-

1990er Jahren allgemein kaum mehr Konjunktur und für mich persönlich waren frühere Förderquellen zunehmend verstopft – vielleicht auch deshalb, weil ich mich zumeist sperrig gegenüber dem Mainstream positioniert habe (vgl. Martens 2010a, 14ff).

⁷ Das FNPA ist ein 2001 vom DGB Landesbezirk Berlin Brandenburg gemeinsam mit der sfs-Dortmund und InEcom-Berlin ins Leben gerufenes Dialogprojekt zwischen gewerkschaftsnaher Wissenschaft und außerwissenschaftlicher gewerkschaftlicher Praxis, das seither kontinuierlich strategisch bedeutsame Fragen gewerkschaftlicher Praxis diskutiert. Ergebnisse der Arbeit fanden in zahlreichen Publikationen ihren Niederschlag (u. a. Scholz u. a. 2006 und 2009, Peter 2007, Neuendorff u.a. 2009). Die Arbeit des FNPA wird kontinuierlich auf einer Projekthomepage (www.FNPA.de) dokumentiert.

chen unscharf geblieben.⁸ „Epochenbruch“ ist demgegenüber ein Begriff, der sich mit einer ganz zentralen These verknüpft, die in den Debatten des FNPA seit 2002 systematisch entwickelt und präzise definiert wurde.⁹ Es geht dabei um einen unumkehrbaren Prozess, der wachsende Instabilitäten und Offenheiten der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung konstituiert.

Im Rahmen der Debatten des FNPA, die Bezüge aus verschiedenen einzeldisziplinären Diskursen aufnehmen¹⁰, geht es hier um einen Bruch, der sich über mehrere Jahrzehnte hinweg vollzogen hat. Dies kenntlich zu machen, ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil sich so zeigen lässt, dass man nicht einfach zu alten Lösungsmustern zurückkehren kann. Beispielhaft wären zu nennen:

- Ende der bipolaren Weltordnung – Allenthalben entfesselte Marktökonomie
- Trennung von Management und Eigentum – Primat des Shareholder-Value
- Nationalstaatliche Überformung der global business regulation – transnationale Konzerne als deren driver
- Keynesianische Globalsteuerung (Staat) – Mikroökonomische Feinsteuerung (Unternehmen)
- Sozialstaatlich gestützte Normalarbeit (männlich) und relativ geringe Einkommensspreizung – Pluralisierung der Lebensstile, Polarisierung der Einkommen, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse

Es sind sowohl politische Entscheidungen (z. B. das Ende von Bretton Woods), ökonomische Interessen, als auch technologische Veränderungen (IuK-Technologien) wie auch das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen (Frauenbewegung, Ökologie-

⁸ B. Huber (2010) ist nach meinem Überblick der einzige, der, die Redeweise von der Zeitenwende aufgreifend, versucht, den Begriff inhaltlich zu füllen, um dann systematische Überlegungen für „Lehren aus der Krise“ zu entwickeln. Dabei weisen seine Überlegungen in mancher Hinsicht Parallelen zu der im FNPA schon seit Mitte der Dekade intensiv diskutierten These des Epochenbruchs auf.

⁹ Zur Diskussion der These des Epochenbruchs im Rahmen der Debatten des FNPA vgl. die verschiedenen Beiträge in Scholz u. a 2006, S. 180- 269, insbesondere den Beitrag von Wolf 2006.

¹⁰ Die These des Epochenbruchs wird nicht nur im Kontext der Diskussionen um das Ende des fordistischen Regulationsmodells diskutiert (Lipietz 1993, Aglietta 2000, Castel 2000 Dörre/Röttger 2003). H. Wiesenthal (1999) hat schon früh von der „Globalisierung als Epochenbruch“ gesprochen (ebenso P. Gärtner 2004). Ökonomen wie K. G. Zinn (1996 und 2004) sprechen in Bezug auf die Entwicklungen seit der Mitte der 1970er Jahre zunächst von einem „Epochenwandel“ und schließlich von einem „sozialen Fortschrittsbruch“ und einer „kulturellen Konterrevolution“. E. Altvater (2006) spricht in seiner Analyse eines durch externe Grenzen bedingten Endes „de Kapitalismus wie wir ihn kennen“ von nicht weniger als vom Ende des „fossilen Zeitalters“, H. L. Burchardt (2004) verwendet in seiner Analyse des Scheiterns des Neoliberalismus in Lateinamerika den Begriff der Zeitenwende, Psychologen wie Soziologen diskutieren das Heraufziehen der Postmoderne als Anbruch einer neuen Epoche (Kurahna/Müller 2004) oder als radikal veränderte „Neuausrichtung der Moderne“, wobei Z. Baumann (2003) der alten „schweren“ die neue „flüchtige“ Moderne gegenüberstellt.

bewegung), die zu diesen Veränderungen geführt haben, die heute zu neuer Gestaltung herausfordern. Es gibt kein, mehr oder minder fertiges neues „postfordistisches Regulationsmodell“, vielmehr wachsende Unsicherheiten, Offenheiten und mögliche Bifurkationen.

Die These ist aus meiner Sicht anschlussfähig an verschiedene aktuell bedeutsame Beiträge aus ganz unterschiedlichen disziplinären und konzeptionellen Kontexten. Nennen will ich an dieser Stelle:

- den Wirtschaftshistoriker W. Abelshauser der – vor dem Hintergrund seiner Langzeitanalysen zum Vergleich des deutschen und des angelsächsischen Modells und der Betonung der jeweiligen Stabilität und Kontinuität ihrer institutionellen Bedingungen etwas überraschend – die Auffassung vertritt, dass „nichts stärker in Bewegung geraten sei, als gerade jener institutionelle Rahmen“, sodass „sich - zum ersten Mal seit über hundert Jahren - die Frage nach den Bestimmungsgründen der Entstehung und des Wandels von Institutionen“ stelle (Abelshauser 2009, 11f),¹¹
- den Soziologen M. R. Lepsius, der im Zusammenhang seiner Ausführungen zur Soziologie nicht nur als einer „Krisenwissenschaft“, sondern selbst als einer „Dauerkrise“ (Lepsius 2003, 20) u. a. dafür plädiert hat, dass die soziologische Forschung als „im Grunde genommen (...) eine Unternehmung zur Zerstörung der herrschenden Folklore über soziale Organisationen und Strukturen“ (Lepsius 2003, 26) statt auf Globalisierung auf die Analyse von De- und Reinstitutionalisierungsprozessen fokussieren sollte,¹²
- den Sozialwissenschaftler und Weltsystemanalytiker I. Wallerstein, der als Vorsitzender der Gulbenkain-Kommission eine zu Lepsius mindestens vergleichbare kritische Sicht der Sozialwissenschaften vorgelegt hat (Wallerstein 1996), und in zwei Veröffentlichungen aus den Jahren 2004 und 2010 argumentiert hat, dass wir angesichts einer Krise systemischer Prozesse an einem Punkt stehen, an dem Bifurkationen weiterer gesellschaftlicher Entwicklung vor uns liegen, die von unserem politischen Handeln maßgeblich zu beeinflussen sind.

¹¹ Auf der erwähnten Tagung, auf der ich eine Vorfassung dieses Aufsatzes referiert habe, hat er die zitierte Einschätzung allerdings nicht im Sinne einer Stützung der These epochaler Umbrüche verstanden wissen wollen, in der aktuellen Krisenentwicklung vielmehr eher die Chance zu einer Stabilisierung des deutschen Modells angesehen, für dessen Beibehaltung er in seinen Langfristanalysen (vgl. Abelshauser 2003) ja plädiert (eigene Mitschrift der Diskussion).

¹² Wobei sich hier auch ausgesprochen kritische Bemerkungen zur Selbstreferentialität der Spezialdisziplinen des Fachs, zwischen „selbstgefälligem“ und routinisiertem“ Betrieb, „Freiheit“ und „Beliebigkeit“ ohne systematischen Bezug auf den jeweiligen gesellschaftlichen Diskurs finden, die bemerkenswert mit H. Plessners optimistischer Aufgabenzuweisung einer „institutionalisierte(n) Dauerkontrolle“ einer offenen Gesellschaft als „Ferment der Kritik“ und „Werkzeug der Freiheit“ kontrastiert (Plessner 1959, zitiert nach v. Ferber 1997).

Für die Arbeits- und Industriesozio­logie gilt demgegenüber aus meiner – sicherlich eben „grenzgängerisch“ begrenzten - Sicht (vgl. Martens 2007) im Sinne der von Lepsius dargelegten kritischen Analyse der Soziologie und ihrer Spezialdisziplinen, dass sie sich im Verfolg ihrer spezialdisziplinären Diskurse entwickelt und dabei manche Impulse der frühen kritischen Industriesozio­logie verloren hat, die ja immer mehr sein wollte, als eine „Bindestrichsoziologie“.¹³ Lepsius Analyse gilt freilich auch der Soziologie insgesamt und weist so eine bemerkenswerte Nähe zu Einschätzungen auf, wie sie auch W. Streeck unlängst formuliert hat. Er nennt aus Aufgaben sozialwissenschaftlicher Grundlagenforschung heute: (1) eine Wiederbelebung der kritischen Funktion von Sozialwissenschaft, (2) die systematische Infragestellung der ideologischen Selbstbeschreibung der Gesellschaft, (3) das Kenntlichmachen der Grenzen marktgerechter Flexibilisierung, (4) die Aufgabe, Widerspruch zum Zeitgeist des liberalisierten Kapitalismus zu begründen und anzumelden sowie (5) die Herausforderung, allfällige Gegenbewegungen richtig zu verstehen, also nicht als zeitweilige Implementationsprobleme auf dem Weg der weiteren Durchkapitalisierung der Gesellschaft miss zu verstehen.

In der „institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft“ (v. Ferber 1961), die nach der „Nacht des Jahrhunderts“ mit den sogenannten „goldenen Jahrzehnten“ des Fordismus, je spezifisch nationalstaatlich ausgeprägt, aufblühte, konnte sich die Industrie­soziologie in der Tat als eine Disziplin begreifen, die Gegenstandsbereiche und Fragen bearbeitete, die gewissermaßen im Gravitationszentrum dieser Gesellschaften angesiedelt waren. Es war deshalb auch der Gegenstandsbereich selbst, der dem Fach besondere gesellschaftliche Aufmerksamkeit sicherte. Betrachtet man den Aufstieg der Industriesozio­logie in der Bundesrepublik der 1950er Jahre, so ist dieser auf das engste mit empirischen Forschungen zur Mitbestimmung – damals noch der Montanmitbestimmung als dem unter den Kräfteverhältnissen der Nachkriegszeit realisierten Teil gewerkschaftlicher Neuordnungsvorstellungen (Borsdorf 1982) - und dem tatsächlich Neuen der sich herausbildenden industriellen Beziehungen verknüpft. Alle großen westdeutschen Untersuchungen der 1950er Jahre (IfS 1954, Pirker u. a. 1955, Popitz u. a. 1957, Neuloh 1960) haben dieses Thema, und die theoretischen Bezüge sind durchaus unterschiedlich. Zu der prominentesten Untersuchung von H. Popitz, H.P. Bahrdt. u. a. berichtet H. P. Bahrdt (1985) rückblickend z. B., dass vor dieser Untersuchung zwar auch ein wenig Marx-Lektüre – „vor allem die Frühschriften und das 13. Kapitel des ersten Bandes des ‚Kapital‘“ (a. a. O. S.155) - gestanden habe, charakterisiert sie dann aber als relativ pragmatische Untersuchung junger Sozialforscher, die „in mehrfacher Hinsicht unbelastet und naiv ans Werk“ gingen (a. a. O. S.154).¹⁴ Im Ergebnis haben wir es mit einer bedeutenden Untersu-

¹³ Zu den frühen Ansprüchen des Fachs siehe Lutz/Schmidt (1977), zum Versuch der Wahrung dieser Kontinuität Schumann (2002) und zu einem desillusioniert-kritischen Rückblick Sauer (2009).

¹⁴ V. Ferber (1997, S.143) formuliert in seiner Zwischenbilanz: „Wohlgemerkt; die erste Nachkriegsgeneration der Sozialforscher waren Autodidakten, die – wie Ceram es erklärend beschreibt- „die Hemmschuhe der Fachbildung nicht spürten, die Scheuklappen

chung zu tun, die eine phänomenologische Tradition empirischer Sozialforschung begründet hat.¹⁵ Entgegen der vorherrschenden Selbstbeschreibung der „kritischen Industriesoziologie“ (Schumann 2002) war die frühe industrie- und betriebssoziologische Forschung in ihrer Prägung durch die US-amerikanische Forschung seit den Hawthorne-Studien – ob nun grundlagen- oder wie z.B. an der frühen Sozialforschungsstelle zu Zeiten O. Neulohs, also in den 1950er Jahren, stark anwendungsorientiert – letzten Endes immer wieder in hohem Maße auf Probleme der Produktivität des industriellen Betriebes ausgerichtet. Insbesondere W. Baldamus (1960) hat früh auf diesen Aspekt verwiesen, ihn mit einer Kritik mangelnder theoretischer Vorleistungen verknüpft und zugleich darauf verwiesen, dass anders als etwa bei den frühen Untersuchungen des Vereins für Socialpolitik, die ernstliche Frage nach dem subjektiven Bewältigungshandeln gegenüber den Zumutungen industrieller Arbeit kaum mehr gestellt werde.¹⁶

Die deutsche Arbeits- und Industriesoziologie war dann, nach der deutlich durch neomarxistische Ansätze in den 1970er Jahren geprägten Forschung im Selbstverständnis kritischer Industriesoziologie,¹⁷ empirisch fokussiert auf „die neue Arbeitsteilung“ (Kern/Schumann 1984), den Betrieb und die betriebliche Mitbestimmung (z.B. Kotthoff 1981 und 1994), die Auseinandersetzung mit den Impulsen aus der Beteiligungsforschung aus den Zeiten des HdA-Programms, eine erste Welle von nun einsetzenden Projekten der international vergleichenden Forschung, sei es in Bezug auf Gewerkschaften, sei es in Bezug auf Branchenentwicklungen (Streeck 1985 und 1989), und sie orientierte sich damit zugleich von einer zuvor wenigstens vorsichtigen Thematisierung des Zusammenhangs von „Arbeit und Konflikt“ (rückblickend

des Spezialistentums nicht kannten und die Hürden übersprangen, die akademische Tradition errichtet hatte.“

¹⁵ Die freilich für die Industriesoziologie von nur begrenzter Bedeutung blieb (v. Ferber 1997). Die Adressaten der damaligen Mitbestimmungsforschung sind im Übrigen keineswegs nur die Gewerkschaften. Für die Untersuchungen an der Sozialforschungsstelle Dortmund aus den 1950er Jahren kann man z.B. sehr viel eher sagen, dass v. a. das Management der Unternehmen ihr Adressat (und Auftraggeber) gewesen ist. Dies änderte sich an der sfs erst nach der Neugründung 1972 – u. a. vor dem Hintergrund des Aufstiegs der „kritischen Industriesoziologie“. Zur Traditionslinie der phänomenologisch geleiteten Arbeitssituationsanalyse vgl. zuletzt Meyn/Peter (2010).

¹⁶ „Besonders überraschend bei dem Mangel an theoretischen Vorleistungen ist die Einheitlichkeit in der Problemstellung in der Betriebssoziologie. Ihre Vorstellungen lassen sich alle letzten Endes auf Probleme der Produktivität des industriellen Betriebes zurückführen. Dies gilt selbst dann, wenn die Produktionsleistung nicht ausdrücklich im Vordergrund steht“ (Baldamus 1960, S.9). Kritisch äußert sich zu theoretischem Ertrag und Fundierung dieser Forschung auch Dahrendorf (1965).

¹⁷ Siehe exemplarisch die Debatten um die Institutsansätze der damaligen großen industriesoziologischen Institute, SOFI, IfS und ISF und G. Brandts Einleitung zu „industrielle Beziehungen als Thema soziologischer Forschung zum Themenbereich „industrielle Beziehungen“ auf dem 18. Deutschen Soziologentag 1976 in Bielefeld (Brandt 1978) oder auch Brandt 1984.

Georg u. a. 2010)¹⁸ zurück auf Probleme der Sicherung oder Steigerung von Effizienz sowie des Vergleichs unterschiedlicher nationaler Systeme industrieller Beziehungen eben unter diesem Aspekt.¹⁹

Konzeptionell begann in wichtigen Teilbereichen des Fachs²⁰ der Siegeszug der Systemtheorie. Es gab eine Wiederentdeckung neoinstitutionalistischer Ansätze (Müller-Jentsch 1986 und 1997), die allerdings den späteren, gegen die Luhmanns'che Systemtheorie gerichteten institutionentheoretischen Diskurs der Politikwissenschaften (Göhler 1987 und 1994) nie zur Kenntnis genommen hat, oder es gab später Anknüpfungen an A. Giddens Theorie der Strukturierung oder auch an spieltheoretische Konzepte. Und insgesamt kann man für die Industriesoziologie seit den 1980er Jahren, wie für andere Teildisziplinen der Soziologie wohl auch der späteren Diagnose von M. R. Lepsius zustimmen, der von einer gleichsam institutionalisierten Dauerkrise der Soziologie und von einer selbstreferentiellen Bescheidenheit und Beliebigkeit ihrer Spezialdisziplinen gesprochen hat (s. u.) und zugleich eine zunehmend fehlende Orientierung der Forschung an Theorien mittlerer Reichweite konstatiert (Lepsius 2008).

Die Transformationsforschung in der Folge der Implosion des Realsozialismus fügte sich hier bruchlos ein. Neoinstitutionalistische Ansätze, z. T. noch eher implizit - jedenfalls aber ohne tiefer gehende theoretische Reflexion, die in der entsprechenden allgemein soziologischen Transformationsforschungsdebatte (Kollmorgen 1996) immerhin auszumachen ist, boten sich hier an. Die industriesoziologische Debatte folgte einfacheren neoinstitutionalistischen Konzepten²¹, und hatte mit dem Konzept des Institutionentransfers als Analyserahmen für die Entwicklung von Mitbestimmung in den neuen Bundesländern, wie er v. a. für das politische Institutionensystem analysiert wurde (Lehmbruch 1996), wenige Probleme, war dann allerdings in der Tiefenschärfe ihrer Analysen, die einem mehr oder weniger erfolgreichen Institutionentransfer konstatierten, auch deutlich begrenzt.²²

¹⁸ Eine Buchveröffentlichung, analog zu dem Reader zur Arbeitssituationsanalyse wird derzeit vorbereitet.

¹⁹ Also auf eine eigentlich betriebssoziologische Orientierung, von der W. Baldamus (1960) für die 1950er Jahre zutreffend festgestellt hatte, dass sie mit einer bemerkenswerten theoretischen Beliebigkeit, wenn nicht Theorielosigkeit der Industriesoziologie verknüpft gewesen sei.

²⁰ An den Universitäten, also außerhalb der zu Beginn der 1970er Jahre noch vornehmlich prägenden industriesoziologischen Forschungsinstitute.

²¹ Wie sich z.B. an einzelnen Beiträgen, etwa dem von (Lohr u. a. 1995), in dem von Schmidt/Lutz (1995) herausgegebenen Sammelband ablesen lässt.

²² Aktuelle Untersuchungen, wie etwa eine Einzelfallstudie bei Drinkuth (2007), betriebliche Erhebungen im Rahmen eines Regionenvergleichs zwischen Magdeburg, Göttingen und Hannover bei Geiling u. a. (2008) oder auf Basis von quantitativen Befragungen zum zivilgesellschaftlichen Engagement von 400 Betriebsräten (idw.2008) bestätigen sämtlich die skeptischen Einschätzungen, die wir seinerzeit vor dem Hintergrund der theoretischen

3. MB-Forschung an der sfs

Betriebspolitische Fragen und Betriebsratshandeln spielten nach Neugründung der Sozialforschungsstelle 1972 bereits in den auf den sozialen Konflikt als Hauptaspekt orientierten Untersuchungen der 1970er Jahre (Dzielak u. a. 1977, 1979 und 1981) eine wichtige Rolle. Die Mitbestimmungsforschung²³ an der sfs hat sich seit Anfang der 1980er Jahre aus diesem Forschungsstrang heraus entwickelt. Ich selbst habe seit 1982 an insgesamt 14 Forschungsprojekten im Themenfeld Mitbestimmung maßgeblich mitgearbeitet (siehe die Übersicht).²⁴

Eigene Projekte im Themenfeld Mitbestimmung an der sfs: ein Überblick

1. Wirkungsweise und Interessenwirksamkeit der Mitbestimmung (HBS 1982-86)
2. Leitende Angestellte und Mitbestimmung (1995-96 HBS)
3. Aufsichtsratsbeteiligung nach dem BetrVG 1952 (1998/99 HBS)
4. Krise und Entwicklungsperspektiven der Mitbestimmung – Mitbestimmung als institutionelle Reform (WW-Stiftung 1989-1991)
5. Implementation von Mitbestimmungsregelungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR (Hans-Böckler-Stiftung 1991/92)
6. Arbeitspolitik und Interessenvertretung in Ostdeutschland - Transfer und Neuaufbau institutioneller Strukturen in Betrieb und Region (DFG 1992-1995)
7. Mitbestimmung als intermediäre Institution - Ein empirisches Projekt in methodisch-theroretischer Absicht (DFG 1992-1994)
8. Nach den Betriebsratswahlen 1994. Stand und Perspektiven von betrieblicher Interessenvertretung und Mitbestimmung in Ostdeutschland – eine Zwischenbilanz (HBS 1995)

schen Modelle des politikwissenschaftlichen institutionentheoretischen Diskurses (Göhler 2004, Rehberg 2004) formuliert haben (Martens 1996). Der jüngsten Jenaer Studie zufolge trauen sich nur knapp über 20 Prozent der Betriebsräte in Ostdeutschland zu, ihre Belegschaften für gewerkschaftliche Ziele mobilisieren zu können. „Die Mehrheit der Betriebsräte konzentriert sich auf die Pflege eines guten Verhältnisses mit der jeweiligen Geschäftsführung oder betreibt klassisches Co-Management.“ (idw 2008).

²³ D.H. die Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb zusammenhängend in den Vordergrund von empirischen Untersuchungen rückend.

²⁴ Die beiden arbeitsschutz- und präventionsbezogenen Projekte (Nr. 9 u. 10) lagen neben meinen Hauptarbeitssträngen im dokumentierten Zeitraum – die v. a. noch Forschungen zu Gewerkschaften, zu Netzwerken, zur Zukunft der Arbeit und zum sozialen Konflikt umfassten. Hier ist, ebenso wie bei der Evaluation des OE-Projekts zur beteiligungsorientierten gewerkschaftlichen Betriebspolitik, zu sagen, dass ich zwar maßgeblich oder federführend an der Akquise beteiligt war, im Projektverlauf aber je spezifische Kompetenzen meiner KollegInnen besonders zur Geltung gekommen sind. Die Evaluation zu Beteiligungsmodellen bei TKS schließlich entstammt der Stahlforschung der sfs. Ich bin hier als Mitbestimmungsforscher dazu gestoßen und habe in dieser Eigenschaft nach Beendigung des stark anwendungsorientierten, in dieser Hinsicht freilich „ausgebremsten“, Projekts wohl als einziger im Blick auf wissenschaftliche Veröffentlichungen nachgearbeitet.

9. Betriebsratshandeln im präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutz (HBS 1992-1993)
10. Mitarbeiterbeteiligung und Mitbestimmung im präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutz (HBS 1995-1996)
11. Beteiligungsorientierte gewerkschaftliche Betriebspolitik (HBS 1998)
12. Erfahrungen mit unterschiedlichen Beteiligungsmodellen in den Vorläuferunternehmen von Thyssen-Krupp-Stahl in den 1990er Jahren (Thyssen-Krupp-Stahl AG 1999)
13. Primäre Arbeitspolitik und Interessenvertretung in der informationalen Ökonomie (HBS 2003/4)
14. Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit (HBS 2007/8)

Es handelt sich um sehr unterschiedliche Projekte, die das ganze Spektrum zwischen starker grundagentheoretischer Orientierung (in industrie- wie politikwissenschaftlichen Kontexten) und starker Anwendungsnähe (also Auftragsforschung) abdecken.²⁵ Empirisch ist für mich, von heute aus betrachtet, unter dieser Vielzahl eigener empirischer Projekte der nach wie vor wichtigste Referenzpunkt die Bestandsaufnahmeuntersuchung zum MitbestG'76, die gut zehn Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes veröffentlicht wurde. Sie wurde von 1982-1986 an der sfs durchgeführt, in der Hauptphase unter meiner Projektleitung (Bamberg u. a. 1987), und sie wurde damals von der HBS gefördert.

Zeitlich wurde sie *früh* nach dem um die Mitte der 1970er Jahre einsetzenden Epochenbruch durchgeführt, der so allerdings erst von der jetzt zu Ende gegangenen Dekade aus so klar zu erkennen ist. Zugleich erfolgte sie schon ziemlich *bald nach* dem Scheitern der gewerkschaftlichen Bemühungen um eine Verallgemeinerung der Regelungen der Montanmitbestimmung. Und sie war deshalb *noch* geprägt von der Phase des „mehr Demokratie wagen“ der 1970er Jahre. Die Hans-Böckler-Stiftung, die Gewerkschaften und auch wir als WissenschaftlerInnen fragten damals nach:

- der „Wirkungsweise und Interessenwirksamkeit“ des MitbestG' 76 vor dem Hintergrund damaliger gewerkschaftlicher Umsetzungskonzepte (WSI Projektgruppe 2001),
- der Umsetzung des Gesetzes im Vergleich zur Praxis nach der Montanmitbestimmung,
- verbesserten Chancen zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen und

²⁵ Um die Größenordnungen zu verdeutlichen: im Bestandsaufnahmeprojekt (Nr: 1) waren fünf MitarbeiterInnen über 4 Jahre hinweg beschäftigt. Die drei Grundlagenprojekte (Nr. 4, 6 u. 7) waren jeweils auf Zeiträume von ca. 2 Jahren mit jeweils mindestens zwei WissenschaftlerInnenstellen ausgelegt. Die drei HBS-Projekte (Nr. 5, 8 und 11) hingegen waren etwa ½-Jahresprojekte mit einer Stelle, in einem Fall allerdings mit einem im Volumen vergleichbaren Unterauftrag für zwei ostdeutsche Kollegen verknüpft. Die Auftragsforschung unter Nr. 12 wurde von zeitweilig 4 Wissenschaftlerinnen über einen Zeitraum von 7 Monaten hinweg bearbeitet.

- weiter treibenden Handlungsansätzen, etwa über branchenbezogene Ansätze (Martens 2006) oder im Wege tarifpolitischer Initiativen.

Diese Orientierung unterscheidet unsere damalige Bestandsaufnahmeuntersuchung deutlich vom Mainstream damaliger industriesoziologischer Forschung. Denn anders als nach der Einführung der Montanmitbestimmung 1951 war die Unternehmensmitbestimmung für die Industriesoziologie damals im Grunde kein Thema mehr.²⁶ Forschung zur Unternehmensmitbestimmung war in den 1980er Jahren vor allem Gegenstand der Rechtstatsachenforschung und der betriebswirtschaftlichen Organisationsforschung (Gerum u. a. 1988, Kirsch u. a. 1984, Witte 1982).

Für unsere Bestandsaufnahmeuntersuchung kann man im heutigen Rückblick – und im Bezug auf die zuvor skizzierte allgemeine Entwicklung der Industriesoziologie – sagen: Sie war durchaus der Versuch, an bestimmten Orientierungen der neomarxistischen Phase des Fachs festzuhalten. Sie war dabei zugleich bestimmten arbeitspolitischen Zielsetzungen unseres Projektgebers verpflichtet, die wir selbst damals weitgehend teilten. Sie rechnete mit einer im Ganzen doch eher konfliktbehafteten Umsetzung des neuen Gesetzes, und wir mussten uns dann empirisch von der Kraft der seit den 1950er Jahren vollzogenen, und mit der Novellierung des BetrVG von 1972 und dem MitbestG'76 spezifisch verlängerte, Institutionalisierungsprozesse belehren lassen. Theoretisch haben wir die Herausforderungen, die das Projekt für uns bedeutete, später mit eigenen Anstrengungen um neue Anschlussfähigkeit an die allgemeinen soziologischen Diskurse der Zeit²⁷ und dann insbesondere über das Forschungsprojekt im Rahmen des politikwissenschaftlichen DFG-Schwerpunkts zur „Theorie politischer Institutionen“ eingeholt (Martens 1994, Klatt 1995).

Auf einige zentrale Ergebnisse unserer damaligen Mitbestimmungsforschung, also der erwähnten Bestandsaufnahmeuntersuchung (Bamberg u.a. 1987), und dann – notwendigerweise recht selektiv – auch auf Ergebnisse seitheriger Untersuchungen Anderer möchte ich nun etwas näher eingehen. Dabei lässt sich zeigen, dass die Grundmuster, die die seitherige Entwicklung der Mitbestimmungspraxis geprägt haben, bereits damals deutlich sichtbar wurden.

²⁶ Der einzige Soziologe, der die Unternehmensmitbestimmung damals noch konzeptionell und empirisch thematisiert hat war W. Streeck (Streeck 1983). Die industriesoziologischen Kollegen im wissenschaftlichen Beirat der sfs hatten seinerzeit wenig Verständnis dafür, dass wir uns diesem Gegenstand erneut empirisch zuwenden wollten. Die Beiratssitzung, auf der unser Antrag an die HBS zur Diskussion stand, ist mir noch lebhaft in Erinnerung. In der jüngeren Vergangenheit hat allerdings M. Schumann (2005 und 2010) der Mitbestimmung, unter Einschluss der Unternehmensmitbestimmung im Zusammenhang empirischer Untersuchungen bei VW (Schumann u. a. 2006) neue Aufmerksamkeit zugewandt.

²⁷ Vgl. Zu unserer damaligen Rezeption von Systemtheorie, Theorie des kommunikativen Handelns, Spieltheoretischen, institutionentheoretischen und sozialphänomenologischen Ansätzen und dem Versuch sie für unsere empirische Forschung fruchtbar zu machen Peter (1992 und 1997).

Das MitbestG'76 hat sich – nicht zuletzt dank des Einzugs von Gewerkschaftsvertretern - vor allem als ein Informationsgesetz“ erwiesen (a.a.O. 122ff und 221ff). Im Haupttyp unter 5 von uns herausgearbeiteten Umsetzungstypen (a.a.O. 59ff) – mit gut 50% von insgesamt 45 Fallstudien – haben wir den Aufsichtsrat als „soziales Gewissen in einem Nachbeschlussorgan“ charakterisiert (a.a.O.- 67-70). Das Handeln im Aufsichtsrat erwies sich als stark ritualisiert, eher konfliktfrei und – aus Sicht der Arbeitnehmervertreter – oft als „Tanz auf einem fremden Parkett“ (a.a.O. 216ff). Gewerkschaftsvertreter stellten signifikant seltener als im Bereich der Montanmitbestimmung den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden (a.a.O. 149ff).

Die gestärkten Institutionalisierungsprozesse hatten so kaum innovative Impulse auslösen können. Die Mitbestimmungspraxis stand dort, wo es aussichtsreichere Anstrengungen um Kontrolle des Vorstandshandelns gab, vielfach schon im Zeichen der Anpassung an durchaus krisenhaft erlebte Umstrukturierungsprozesse (a.a.O. 209ff). Branchenübergreifende Handlungsansätze waren ausgesprochen selten zu finden. Alle diese Befunde deckten sich weitestgehend mit der zeitlich parallelen Untersuchung von Gerum u.a. (1988), die anders als wir nicht auf Interviews und die Rekonstruktion von Handlungsprozessen gestützt war, sondern auf die Analyse von Aufsichtsratssatzungen und Geschäftsordnungen.

Die seitherige Empirie aus soziologischer Forschung beruht v. a. auf den Anhörungen im Rahmen der verschiedenen Mitbestimmungskommissionen (Kommission Mitbestimmung 1998 und zweite Biedenkopf-Kommission (Höpner 2007)²⁸ sowie auf Ergebnissen standardisierter schriftlicher Befragungen (Jürgens Lippert 2005 und 2009).²⁹ Dies sind alles Untersuchungen unter dem Vorzeichen des anwachsenden

²⁸ Streng genommen stellen die Anhörungen der beiden Kommissionen, verknüpft mit der Einholung unterschiedlicher wissenschaftlicher Expertisen – und im Ergebnis der Arbeit der zweiten Biedenkopf-Kommission ohne die Zustimmung der Repräsentanten der Arbeitgeberseite mit dem Kommissionsbericht, das neoliberale Projekt war eben weiter vorangeschritten – natürlich keine wissenschaftlich fundierte neue Empirie bereit, sondern sie sind v. a. Ausdruck politischer Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse. Die neueren schriftlichen Befragungen von Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat waren deshalb aus Sicht der HBS, die die letzte dieser Befragungen in Auftrag gegeben hat, Versuche, eine aktuelle empirisch fundierte Analyse in die Hand zu bekommen, die dann zur Begründung einer Verteidigung des Status Quo genutzt werden könnte.

²⁹ Der Titel einer Auswertung der jüngsten Befragung von Jürgens/Lippert (2009) auf Basis einer Vollerhebung von Arbeitnehmervertretern in Aufsichtsräten nach dem MitbstG' 76 verweist schon im Titel: „Ansätze zur Verbesserung von Information, Kommunikation und Wissen im Aufsichtsrat“ darauf, dass das MitbestG'76, wie seinerzeit von uns festgestellt, wesentlich ein Informationsgesetz ist. Anders ist allerdings knapp 25 Jahre nach unserer Untersuchung der historische Kontext, in dem die Ergebnisse interpretiert werden, die hier natürlich nicht im Detail verglichen werden können. Dass Kommunikation und Information Entscheidungswissen für Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter unter den Bedingungen des MitbestG' 76 verbessern - wozu das Transparenz- und Publizitätsgesetz (TransPubG) von 2002 beigetragen haben mag, das die Unternehmen verpflichtet, transparent zu machen, in welchem Umfang sie den „Corporate-Gouvernance-Kodex“ anwenden - steht bei Jürgens/Lippert angesichts der neoliberalen Angriffe auf die Mitbestimmung argumentativ im Vordergrund. Demgegenüber lag der Akzent in unserer

neoliberalen Rollbacks. Der die Mitbestimmung bis zur Bundestagswahl 2005 unter wachsenden Druck gesetzt hat (Höpner 2004). Beide Mitbestimmungskommissionen können ihm gegenüber als Bemühungen um die Verteidigung des Status Quo angesehen werden. Konzeptionell setzt sich dabei zunehmend eine Anpassung an ein Denken in einzelwirtschaftlichen Rationalitätskriterien durch. Effizienz wird im Zeichen des Shareholder Value immer mehr zum einzig relevant erachteten Argument (kritisch Martens 1999). Und zugleich ist aus der unübersehbaren Defensive heraus seitens der gewerkschaftlichen Akteure eine deutliche Tendenz zu einer beschönigenden Darstellung der Mitbestimmungspraxis nicht zu übersehen. Die Devise lautet: „Never Change a Winning System“ (Hexel 2009).

Ein wichtiger Strang industriesoziologischer Forschung sind zeitgleich erste Arbeiten zur Praxis der Euro-Betriebsräte (exemplarisch Kotthoff 2006). Hier geht es um die Analyse einer Verallgemeinerung schwacher, im besseren Fall freiwillig vereinbarter, Mitbestimmungsrechte im Sinne von Information und vielleicht auch noch Beratung. Entscheidend für die Entfaltung einer europäischen Konzerne übergreifenden Mitbestimmung ist hier der an persönliche Kontakte gebundene und deshalb zeitaufwendige, Aufbau von Vertrauenskulturen zwischen den Arbeitnehmervertretern. Und bemerkenswert ist, dass stärkere Impulsfunktionen eher in Konzernen mit Sitz in Ländern mit geringer oder fehlender Mitbestimmungstradition auszumachen sind.

Ein kurzer Blick auf eine gerade abgeschlossene Untersuchung zu Standortkonflikten in der Bundesrepublik während des Konjunkturzyklus 2002 bis 2008 liegt an dieser Stelle nahe (Martens/Dechmann 2010).³⁰ Im Blick auf die mitbestimmungspolitische Dimension dieser Konflikte sprechen Gewerkschaftsvertreter im Zusammenhang der von uns untersuchten Fälle durchgängig vom Übergang „von der geordneten Mitbestimmung zum Häuserkampf“. Die Konflikte sind vereinzelt, insgesamt für die Streikarme Bundesrepublik aber doch bemerkenswert zahlreich,³¹ und sie werden sehr hart und zumeist mit langer Dauer ausgetragen. Kennzeichnend ist einerseits, dass das Unternehmensmanagement z. T. sehr bewusst die Zerstörung alter Unternehmenskulturen betreibt, die mit dem alten deutschen Produktionsmodell eng verknüpft waren, oder solche Zerstörungen jedenfalls bewusst in Kauf nimmt (Martens/Dechmann 2010, 56-69). Auf der anderen Seite kann man gerade in solchen Konflikten auch Beispiele für so etwas wie eine „politische Subjektivierung“ ausmachen, wie sie Rancière (2002) in seiner Auseinandersetzung mit der politischen Phi-

Bestandsaufnahmeuntersuchung von 1987 noch darauf, dass das MitbestG'76, anders als die Montanmitbestimmung, eben keine wirklichen Machtverschiebungen bewirkt und keinen heilsamen Zwang zum Kompromiss gestiftet hat (vgl. Martens 2002).

³⁰ Wir haben mit dieser Untersuchung, wie der Titel „Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit“ schon erkennen lässt, an unsere ältere Konfliktorientierung angeknüpft, die in der Neugründungsphase der sfs in den 1970er Jahren bedeutsam war (Pöhler 1970, Martens 2007, 121ff), und wir haben hier eine Untersuchung durchgeführt, die an die konzeptionellen Debatten des FNPA relativ dicht anknüpfte.

³¹ Detje u. a. (2008) dokumentieren allein 53 Konflikte für den Organisationsbereich der IG Metall.

losophie umreißt. Damit gäbe es praktische Handlungsansätze ((Martens/Dechmann 2010, 48ff und 86ff), die der industriesoziologische Diskurs um eine „Subjektivierung von Arbeit“ (Löhr 2003) eher ausgeschlossen hatte. Schließlich ist festzuhalten, dass die Gewerkschaften sich sehr schwer damit tun, solches Konflikt Handeln, das wir in der FNPA-Debatte als „primäre Arbeitspolitik“ bezeichnet haben (vgl. Wolf 2001) mit ihren institutionellen Strategien, als „sekundären“ arbeitspolitischen Handlungsansätzen, zu verknüpfen. Aber nur aus solchen Verknüpfungen heraus wären neue mitbestimmungspolitische Ansätze zu erwarten (Martens/Dechmann 2010,112-116).

4. Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft

In der Jüngerer Diskussion ist, wie einleitend erwähnt, wieder das innovative Potential von Mitbestimmung im Hinblick auf die Stärkung von Grundelementen des deutschen Modells industrieller Entwicklung (Abelshausen 2003) in den Vordergrund der Diskussion gerückt worden (Sperling/Wolf 2010, Wittke u. a. 2010). Nicht zuletzt sind solche wissenschaftlichen Debatten vor dem Hintergrund bemerkenswerter gewerkschaftlicher Kampagnen wie „besser statt billiger“ zu sehen (Wetzel 2005, Korflür u. a. 2010, Martens/Dechmann 2010, 108-115), die für einen neuen strategischen gewerkschaftlichen Ansatz stehen, „Besserstrategien“ als Alternativen ins Spiel zu bringen (und dabei für Modernisierungsstrategien bei Mittelständlern auch deren Mittelmanagement zu gewinnen). Es geht hier darum (1) eine Öffnung des Feldes für (alternative) Berater und (2) eine Stärkung von Grundmerkmalen des deutschen Produktionsmodells in der mittelständischen Wirtschaft zu erreichen – oder in anderen Worten um die Sicherung von Voraussetzungen für inkrementelle Innovationen bei „geduldigem“ Kapital und noch anderen „Standortethiken“ (Schroeder 2009) als sie bei den großen DAX-notierten Unternehmen inzwischen häufiger auszumachen sind.³² Die jüngsten Überlegungen von B. Huber (2010) zum „Neu-Ausbalancieren der deutschen Wirtschaft“ lässt sich als ein u. a. hier anschließendes Konzept interpretieren, das zum einen auf die neuerliche Stärkung der Deutschland AG (diversifizierte Qualitätsproduktion, geduldiges Kapital, „Besser-Strategien“ und „gute Arbeit“) setzt, zum zweiten auf Stärkung der Binnennachfrage und des Dienstleistungssektors in Anlehnung an das skandinavische Modell (Brödner u.a. 2009) und zum dritten auf so etwas wie einen „grünen New Deal“.

Waren die Standortkonflikte und die Bemühungen um die Durchsetzung arbeitspolitisch innovativer „Besserstrategien“ im Zyklus 2002 bis 2008 typischerweise Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund „tiefschwarzer Zahlen“ (exemplarisch Nokia), so geht es seither um Konflikte angesichts eingebrochener Aufträge, Umsätze und Gewinne (exemplarisch Schaeffler oder Opel). In der aktuellen Debatte in der Folge

³² Es handelt sich insofern um Entwicklungen, die wie die eben erwähnten Standortkonflikte für den Konjunkturzyklus 2002 bis 2008 charakteristisch waren und mit diesen auf den ersten Blick bemerkenswert kontrastieren. Eine nähere Analyse belegt allerdings zwischen durchaus typisierbaren Unterschieden auch so etwas wie fließende Übergänge

der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise (Krugman 2009) wird Mitbestimmung, in diesem veränderten Kontext krisenhafter ökonomischer Entwicklungen, bemerkenswerter Weise von Neuem, aber zunächst nur formelhaft, mit der „Demokratisierung der Wirtschaft“ verknüpft. Dass so in der Krise tragende Leitideen der Gewerkschaften³³ neu angesprochen werden, erinnert zum einen daran, dass die nach 1945 als Teil des Gründungskonsenses der Bundesrepublik und zugleich eine tragende institutionelle Leitidee der neuen Einheitsgewerkschaften durchgesetzte Montanmitbestimmung in der Tat konzeptionell in der Tradition wirtschaftsdemokratischer Ansätze stand, die für die sozialistische Strömung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit der Weimarer Republik bedeutsam gewesen war (Naphtali 1977/28). Das gilt auch dann, wenn die „programmatische Neuorientierung der Gewerkschaften in den Jahren des Wiederaufbaus (...) alles andere als konsistent war (Borsdorf 1986,275) und unterschiedlichen systematischen Bemühungen um eine konzeptionelle Anknüpfung an die älteren Konzepte, etwa bei V. Agarzt oder H. Potthoff (ebd.), praktisch folgenlos geblieben sind.

Im Rahmen des FNPA waren Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft ein lange liegengebliebenes Thema, das 2008, wie einleitend erwähnt, mit der Konzipierung eines entsprechenden Workshops von einigen Gewerkschaftspraktikern aufgegriffen wurde und schließlich mit diesem Workshop, Anfang 2009 und nun schon ganz im Zeichen der Krise, einen ganz neuen Drive bekam.³⁴ Seither sind einige der Aktiven im FNPA sehr intensiv mit dem Thema befasst. Wir arbeiten an Veröffentlichungen dazu (Martens 2010a u, b), und es soll auf unserer Jahrestagung 2011 eine herausgehobene Rolle spielen. Parallel dazu ist u. a. auf Initiative von Mitarbeitern aus den Grundsatzabteilungen von ver.di und IG Metall und unter Beteiligung einiger Wissenschaftler eine AG Wirtschaftsdemokratie entstanden (Detje/Martens 2010). Und mit dem Begriff der Wirtschaftsdemokratie, der gewissermaßen Leerformelhaft in aktuellen Debatten wieder auftaucht, verbindet sich nach Meinung Mancher gewissermaßen ‚das linke Thema der historischen Stunde‘.

Zugleich ist, nach einer ersten kurzen ‚Schockstarre‘ auf Seiten der Gewerkschaften eine lebhafte gewerkschaftliche und wissenschaftliche Debatte aus Anlass der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise in Gang gekommen, in der es nicht nur um „Schutzschirme“ auch für die Realwirtschaft sondern auch um die Frage nach praktischen Ansatzpunkten einer neuen Wirtschaftsdemokratie gekommen ist.

Der DGB Landesbezirk NRW hat in 2009 seine „Düsseldorfer Krisengespräche“ durchgeführt (Schneider/Hemkes 2010) bei denen es in den gewerkschaftlichen Dis-

³³ Leitideen (vgl. Hariou 1965/1925) sind unverzichtbar für Institutionalisierungsprozesse und wirken in institutionellen Zusammenhängen fort (vgl. Rehberg 1994) und sind so von Leitbildern zu unterscheiden, die als komplexe Hintergrundüberzeugungen Werte und Interessen zusammenführen und so z.B. die gezielte Weiterentwicklung von Organisationen befördern sollen (vgl. auch Autorengruppe 4 sfs, 2008, 7-11).

³⁴ Zu diesem Workshop vgl. das Arbeitspapier Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft auf der Homepage des FNPA (Martens 2010b).

kussionsbeiträgen u. a. um eine keynesianisch inspirierte Neuorientierung der Wirtschaftspolitik, die Frage der Finanzierung der Kosten der Krise durch eine Zukunftsanleihe und den Aufbau von Beschäftigungsbrücken gegangen ist. Es gibt den „Frankfurter Appell“ des Vorstands der IG Metall, in dem es u. a. auch um eine solche Zukunftsanleihe aber auch um Forderungen zur Ausweitung von Mitbestimmung geht. Und es gibt Vorschläge, wie den von W. Hörisch (2010) (Friedrich Ebert-Stiftung) zur Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung in Zeiten der Krise und ein vom für die Mitbestimmung zuständigen Mitglied des DGB-Bundesvorstands herausgegebenes Buch unter dem schon erwähnten Titel „Never Change a Winning System“ (Hexel 2009). Der IG Metall-Vorsitzende B. Huber (2010) schließlich hat, wie schon erwähnt, in seinen Diskussionsanstößen für einen „Kurswechsel für Deutschland“, die auf eine modifizierte Revitalisierung des deutschen Entwicklungsmodells (Abelshausen 2003) im Wege seiner „Skandinavisierung“ und Einbettung in einen „grünen New Deal“ zielen, eine zunehmend manifeste Krise der Demokratie sehr stark akzentuiert.³⁵

Dass die nun immer wieder mit dem Begriff der Wirtschaftsdemokratie verknüpften mitbestimmungspolitischen Schlussfolgerungen konzeptionell ausgesprochen gedankenleer sind, dürfte an dem Beitrag von W. Hörisch unübersehbar sein. Hier werden Vorschläge zu einer Stärkung von Mitbestimmung als Beitrag zur Demokratisierung der Wirtschaft in einen geschichtlichen Kontext gestellt, für den höchst selektiv genannt werden: Das Betriebsrätegesetz aus der Zeit der Weimarer Republik, das BetrVG von 1952 und das MitbestG'76. Die Frage, weshalb in dieser Auflistung die Sozialisierungsdebatten von 1919 (v. Oertzen 1976), Naphtalis Konzept der Wirtschaftsdemokratie von 1928 (Naphtali1977/28) - und dann auch die gewerkschaftlichen Vorstellungen zur Arbeitsbeschaffung und zum Umbau der Wirtschaft im Zeichen der Weltwirtschaftskrise ab 1929 (vgl. auch dazu rückblickend Borsdorf 1986) - sowie schließlich die Neuordnungsdebatten nach 1945 und die Auseinandersetzung um die Montanmitbestimmung fehlen (vgl. ebenfalls Borsdorf 1986), die ja immerhin Gesetz geworden ist, drängt sich als Frage nach der impliziten Systematik, die solchen Ausblendungen zugrunde liegt, auf. Die Aufzählung folgt einer inneren Logik des Denkens ausschließlich von den vorhandenen Institutionen her, oder: die „mo-

³⁵ „Entweder es setzt sich ein - leicht modifiziertes – Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell durch, in dem kurzfristige Geschäftserfolge nach wie vor das Denken und Handeln von Unternehmen und bedeutenden Teilen der Politik beherrschen. Oder: wir erkämpfen den Einstieg in eine Gesellschaft, die von mehr Mitbestimmung eines jeden Einzelnen in den Betrieben, einer demokratischen ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftsordnung, einer gerechten Verteilung des Wohlstandes und einem ebenso leistungsfähigen wie solidarischen Sozialstaat bestimmt ist. Wir, das sind: die Gewerkschaften, soziale Bewegungen und all diejenigen, die sich gegen die Politik der Marktradikalen stellen (Huber 2010,18f) Die Überlegungen, „die Industriegesellschaft neu (zu) gründen, Neues (zu) lernen, Macht anders (zu) verteilen – und die Demokratie wieder(zu)beleben“, zielen auf eine Verknüpfung von Revitalisierung der Deutschland AG verbunden mit gleichzeitiger Stärkung der Binnennachfrage durch Adaption des skandinavischen Modells und Einbettung des Ganzen in einen grünen „sozialökologischen New Deal“ – all dies zugleich verknüpft mit einer Wiederbelebung der Demokratie, um „diese Gesellschaft zum Guten (zu) verändern“.

derne Wissensgesellschaft“, um diesen systemtheoretisch geprägten Zugriff an dieser Stelle einmal zu verwenden, offenbart hier ganz deutlich ihre Probleme mit dem Entstehen von neuem und dem Vergessen von altem Wissen bzw. in Anlehnung an eine spielerische Reflexion von D. Baecker (2003a) mit dem Umgang mit Nicht-Wissen.³⁶

5. Krise der Politik und „neue Wirtschaftsdemokratie“ als soziales und politisches Projekt

Ich habe meine Überlegungen zu Mitbestimmung und Demokratisierung der Wirtschaft bislang nur in den Kontext aktueller ökonomischer Krisendebatten gerückt. Tatsächlich sind wir gegenwärtig aber mit vielfältigen Krisenentwicklungen konfrontiert, die einander wechselseitig überlagern, z. T. auch verdecken. Zu nennen sind etwa im Kontext der ökonomischen Krisenentwicklungen auch die Krise der Automobilindustrie als der Leitbranche des fordistischen Produktionsmodells, die ökologische Krise, eine Welthungerkrise, vor allem aber auch eine zunehmend nicht mehr nur latente politische Krise. Und zu dieser Krise der Politik gibt es seit mehr als einem Jahrzehnt eine intensive akademische Diskussion.³⁷ Im engeren Politikwissenschaftlichen Diskurs sprechen R. Heil und A. Hetzel im Hinblick auf den konzeptionellen Gehalt dieser Debatte vom demokratischen politischen Prozess als von „einer Kraft des Institutierens, die sich niemals voll verwirklichen kann“ (Heil/Hetzel 2006, 18) und die Soziologin A. Lieb (2009) hat zuletzt unter Rückbezug u. a. auch auf H. Arendt die Frage aufgeworfen, ob und wie „Demokratie (heute wieder) als politisches und soziales Projekt“ gedacht werden kann. Gewissermaßen komplementär dazu hat A. Demirovic (2007) gezeigt, dass dem alten gewerkschaftlichen Konzept der Wirtschaftsdemokratie die demokratiethoretische Fundierung fehlt. Im Selbstverständnis der deutschen Nachkriegsgewerkschaften sei sie - exemplarisch belegbar an den Reden O. Brenners (vgl. auch Leminsky 2001, 42) – immer als Demokratie für die Arbeitnehmer und nicht als Demokratie durch sie gedacht worden. Bei der Frage nach dem politischen Souverän bleibe eine theoretische Leerstelle.

³⁶ Man könnte sich aber auch fragen, ob der Autor hier nicht letztlich, entgegen eigenen Intentionen, systemtheoretisch unterlegt argumentiert, nämlich im Sinne von Baeckers Vorschlag, Soziologie als „Naturwissenschaft der Kommunikation“ gegenüber der Gesellschaft als ihrem strukturell und semantisch überbestimmten Gegenstand zu konzipieren, die sich in dieser Form nur reproduzieren kann, weil, indem und solange ihr der Mensch unbestimmt gegenübersteht, bei Baecker im Übrigen ganz ausdrücklich mit allen Optionen partieller Exklusion entgegen den Emanzipationsversprechen der europäischen Aufklärung (Baecker 2003b).

³⁷ Die Debatte wird u. a. geführt von Soziologen wie Z. Baumann (1999 und 2003) oder C. Crouch (2008), Philosophen wie G. Agamben (2002) oder J. Rancière (2002) und Politikwissenschaftlern wie R. Heil und A. Hetzel (2006), C. Mouffe (2007), P. Manow (2008). Eine zunehmende Parteienverdrossenheit ist inzwischen empirisch gut belegt (zuletzt Embacher 2009) und auch Politiker (Bülow 2010) diskutieren inzwischen kritisch den „Demokratieverlust“ unter den Zwängen ihres parlamentarischen Alltags. Siehe zur ausführlichen Erörterung des akademischen Diskurses Martens (2010a, 70-84).

Dies verweist auf die Frage der Beteiligung der Beschäftigten an der Mitbestimmung – beginnend mit der frühen industriesoziologischen Mitbestimmungsforschung³⁸ über die Beteiligungsansätze und die darauf bezogene Forschung zu Zeiten des Aktions- und Forschungsprogramms Humanisierung des Arbeitslebens (Fricke u. a. 1982) bis hin zu den neueren Debatten um managerielle Beteiligungskonzepte im Zeichen der Japandiskussion der 1990er Jahre (Howaldt/Minssen 1983, Altmann 1984), die bis Ende der 1990er Jahre eine lebhaftige Beteiligungsdebatte ausgelöst hat (Dörre 2002) und dann zu Fragen der Selbstorganisation und Selbstunterwerfung im Zeichen „neuer Arbeit“ im Rahmen der jüngsten industriesoziologischen Debatten um „Subjektivierung der Arbeit“ führte (Lohr 2003). Bemühungen um eine Stärkung direkter Beteiligung der Beschäftigten haben sich in der Geschichte der industriellen Beziehungen Deutschlands immer wieder auch an der Widerständigkeit institutionalisierter repräsentativer Strukturen gebrochen (Abelshausen 2009, Martens 2010c). Der neuere industriesoziologische Subjektivierungsdiskurs hat - wie schon erwähnt und sozusagen „durch Foucaults Brille“ (Moldaschl 2002) einseitig die Bereitschaft der Beschäftigten zur Selbstunterwerfung unter die Zwänge marktgesteuerter Produktion im Zeichen neuer unternehmerischer Freiheiten und Herausforderungen für Alle akzentuiert – nicht nur im Bereich Arbeiten hoch qualifizierter Angestellter sondern auch im Zuge der Implementierung von TQM-Systemen in der industriellen Fertigung, wie Gerst (2002) im Rahmen seiner Rezeption der Foucault'schen Machtanalytik kritisch analysiert hat. Wir haben demgegenüber in unseren Debatten im Rahmen des FNPA die Ambivalenzen dieses „Selbertuns“ schon früh hervorgehoben (Wolf 2001). Und die Gewerkschaften haben schließlich - in Reaktion auf ihre weiter vorangeschrittene Mitgliederkrise und zu gewissem Grade gegen den Trend einer u Ende gehenden Beteiligungskonjunktur im Zeichen der aufgeregten Japandiskussion der 1990er Jahre (Dörre 2002) – in der letzten Dekade eigene Beteiligungskonzepte forciert (Wetzell 2005). Die offene Frage ist hier, welche Potentiale da wirklich liegen und ob eine „Neue Wirtschaftsdemokratie“ heute nicht ganz wesentlich „von unten“ her gedacht und auch gemacht werden kann (vgl. Peter 2010, Martens 2010a, 97-114).

Ich kann diese Frage im Rahmen dieses Aufsatzes selbstverständlich nicht beantworten. Aber ich will abschließend doch die Richtung skizzieren, in der ich mich derzeit an der Suche nach Antworten beteilige: Meine Ausgangsthese ist, dass das Potential für Beteiligung der Beschäftigten an der Organisation und Gestaltung ihres Handelns in der Sphäre der Wirtschaft noch nie so groß gewesen ist wie heute. Beteiligung ist unter Effizienzgesichtspunkten geradezu unverzichtbar, aber es ist allenthalben demokratisch restringiert (Moldaschl 2004). In den vorhin erwähnten Standortkonflikten wird dieses Beteiligungspotential im Übrigen auch in aller Deutlichkeit sichtbar – und die Ergebnisse der jüngsten Untersuchung von Voss und Häubl (2009) zeigen in wünschenswerter Klarheit, dass infolge einer unter neoliberal-

³⁸ Damals haben alle einschlägigen Untersuchungen hervorgehoben, dass die Beschäftigten im Bereich der Montanmitbestimmung das Fehlen eigener Beteiligungsmöglichkeiten, also die insoweit unveränderten Herrschaftsverhältnisse, denen sie unterworfen waren, eher kritisch bewertet haben (z. B. Popitz u. a. 1957, 120).

len Vorzeichen erfolgten Subjektivierung von Arbeit inzwischen gravierende Führungs- und Steuerungsprobleme in deutschen Unternehmen zu beobachten sind, auf die Beteiligung als soziale Innovation (Martens 2010c) immerhin eine begrenzte Antwort darstellen könnte. Neue Wirtschaftsdemokratie „von unten“ – und das wäre dann allerdings Beteiligung als politische Innovation - ist also ein Thema, auch wenn natürlich gilt, dass nicht alle über alles entscheiden können, es also immer auch Bedarf nach repräsentativen Strukturen und deren institutioneller Weiterentwicklung gibt. Dabei gilt m. E.: Jede entfaltete und demokratisch fundierte Beteiligung der Beschäftigten selbst verändert die Bedingungen für die Akteure in repräsentativen Strukturen bereits radikal.

Der weit ausholende Bogen meiner Argumentation ist damit vollzogen. Er ist möglich aus der Perspektive eines Wissenschaftlers, der sich auf zahlreiche einzeldisziplinäre Diskurse bezieht. Im Vorliegenden Fall vornehmlich auf solche der allgemeinen Soziologie und der Arbeits- und Industriesoziologie und der Politikwissenschaften, aber auch auf Debatten unter Historikern, in der betriebswirtschaftlichen Organisationsforschung, punktuell auch der Ökonomie. Ich konnte dabei das Privileg der, in Bezug auf die außerwissenschaftliche Praxis, handlungsentlasteten Position des Wissenschaftlers nutzen, der sich „von den Problemdefinitionen, wie sie durch Institutionen geschaffen sind“ und aus sich heraus „keine plausible Relevanz für die soziologische Analyse haben“ (Lepsius 2003, 26), relativ leicht frei machen kann; der dann aber in Wissenschaftler-Praktiker-Dialogen doch immer wieder vor der Herausforderung steht, sich auf die in der außerwissenschaftlichen Alltagspraxis auch immer wieder zwingenden institutionellen Handlungsbedingungen seiner Dialogpartner einzulassen. Dabei verstehe ich solche Dialoge in Anlehnung an Oevermann (1996) als „professionelle Arbeitsbündnisse“, die auf Seiten der Sozialwissenschaftler auf der Ebene konkreter, personalisierter Beziehungen eine zweite Professionalität erfordern (vgl. Martens 2008, 92ff).

Die Gewerkschaften haben, wie erwähnt, Bedarfe nach der Förderung von Beschäftigtenbeteiligung im Hinblick auf ihre eigene „Revitalisierung“ (Brinkmann u. a. 2008) inzwischen erkannt (Wetzels u. a. 2008). Sie stehen aber als längst von Erosionsprozessen betroffene Institutionen – die sie im Ergebnis eines erfolgreichen Institutionalisierungsprozesses aus einer alten sozialen Bewegung heraus geworden sind – auch vor einem Dilemma: Sie bedürfen neuer Bewegung, oder neuer „primärer“ Arbeitspolitik und sie müssen als Institutionen doch immer auch Ordnungsversprechen machen. Mithin stehen sie vor der Herausforderung zur Entfaltung einer neuen „Doppelstrategie“ (Martens 2007, 142-160). Was sie heute, unter den Bedingungen tiefgreifender Krisenentwicklungen, die immer auch Chancen für neue Lösungen und entsprechende Institutionalisierungsansätze eröffnen, leisten müssten, wäre also: einerseits Mobilisierungsprozessen und Neuansätzen „primärer“ Arbeitspolitik soziale Räume zu sichern und zu öffnen, ihnen womöglich durch eigene Aktivisten auch Impulse zu geben und andererseits bestehende repräsentative Strukturen, also institutionelle Strategien „sekundärer“ Arbeitspolitik, damit produktiv zu verknüpfen. Wenn

es ihnen und den in solchen Prozessen „primär“ arbeitspolitisch Handelnden dann auch noch gelänge, so beförderte politische Veränderungsprozesse demokratietheoretisch zu Begründen und zu fundieren, könnten sie von neuem zu einem tragenden Protagonisten einer „neuen Wirtschaftsdemokratie“ werden. Die Geschichte des Verhältnisses der Gewerkschaften zu „produzentendemokratischen“ Ansätzen, die immer mit Rätestrukturen verknüpft wurden (vgl. v. Oertzen 1976) zeigt allerdings, dass dies für die Gewerkschaften als in den kapitalistischen Marktwirtschaften Institution gewordenem Akteur eine immense Herausforderung darstellt. Die weitergehende Klärung und Operationalisierung entsprechender strategisch bedeutsamer Handlungsansätze ist mithin eine mindestens gleich große Herausforderung für Akteure einer anwendungsorientierten Forschung, die sich in entsprechende Wissenschaftler-Praktiker-Dialoge hinein begeben wollen.

Literatur:

- Abelshauer, W. (2003): Kulturkampf: Der deutsche Weg in die neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung, Berlin
- Abelshauer, W. (2009): Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker, Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn
- Agamben, G. (2002) Homo Sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben, Frankfurt am Main
- Aglietta, M. (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg
- Altmann, N. (1984): „Beteiligung“ in der japanischen Produktion? In: Krahn, K.; Peter, G.; Skrotzki, R. (Hg.): Immer auf den Punkt. Beiträge zur Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung, Arbeitspolitik. Willi Pöhler zum 60. Geburtstag, Dortmund, S. 75-90
- Altvater, E. (2006): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, Münster
- Autorengruppe FB4 (Dechmann, U.; Georg, A.; Katenkamp, O.; Meyn, C.; Peter, G.) (2008): Arbeitsorganisatorische Leitbilder, Dortmund
- Baecker, D. (2003a): Theorie und Praxis des Nichtwissens. Beitrag zum Workshop „Neue Formen sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion in der Wissensgesellschaft“, Sozialforschungsstelle Dortmund, 13.- 14. Juni 2003, veröffentlicht in: Franz, H.-W.; Howaldt, J.; Jacobsen, H.; Kopp, R. (Hg.) (2003): Forschen – lernen – beraten. Der Wandel von Wissensproduktion und -transfer in den Sozialwissenschaften, Berlin
- Baecker, D. (2003b): Die Zukunft der Soziologie, in: Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für
- Baldamus, W. (1960): Der gerechte Lohn. Eine industriesoziologische Analyse, Berlin
- Bahrtdt, H. P. (1985): Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Ein Vortrag zur Entstehung der Studie. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 14., Heft 2, S. 152-155
- Bamberg, U.; Bürger, M.; Mahnkopf, B.; Martens, H.; Tiemann, J. (1987): Aber ob die Karten voll ausgereizt sind...10 Jahre Mitbestimmungsgesetz 1976 in der Bilanz, Köln
- Bauman, Z. (1999): Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg
- Bauman, Z. (2003): Die flüchtige Moderne, Frankfurt am Main
- BdWiHome/Forum Wissenschaft (2004): Neue Weltordnung, Neue Kriege. Globalisierung, Imperialismus und Empire, www.bdwi.de/forum/fwl-04-25.htm
- Bürger, M. (1991): Mitbestimmung ohne Parität. Aufsichtsratsbeteiligung nach dem BetrVG 1952, Köln
- Borsdorf, U. (1982): Hans Böckler. Arbeit und Leben eines Gewerkschafters von 1875 bis 1945, Köln
- Borsdorf, U. (1986): Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung – Historische Stufen der Annäherung an den Kapitalismus, in: WSI-Mitteilungen 3/1986, S. 264-278

- Brandt, G. (1978): Zentrale Themen und gesellschaftliche Bedingungen der Industriesoziologie seit Mitte der sechziger Jahre, in: Bolte, K- M. (Hg.): Materialien aus der soziologischen Forschung, Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1976 in Bielefeld, Darmstadt und Neuwied, S. 785-803
- Brandt, G. (1984): Marx und die neuere deutsche Industriesoziologie, in: Ders. (Hg.), Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung, Frankfurt am Main
- Brinkmann, U.; Choi, Hae-Lin; Detje, R.; Dörre, K.; Holst, H.; Karakayali, S.; Schmalstieg, C. (2008): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms, Wiesbaden
- Bülow, M. (2010): Wir Abnicker. Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter, Berlin
- Burchardt, h.-J. (2004): Zeitenwende. Politik nach dem Neoliberalismus, Stuttgart
- Castel, R. (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz
- Crouch, C.; Pizzorno (1978): The Resurgence of Class Conflict in Western Europe since 1968, 2 Bände, London/Basingtake
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main
- Dahrendorf, R. (1965): Das Mitbestimmungsproblem in der deutschen Sozialforschung, (2. Auflage) München
- Demirovic, A. (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme - Perspektiven, Münster
- Detje, R.; Menz, W.; Nies, S.; Sanné, G. Sauer, D.; Birken, T. (2008): Auseinandersetzungen um Betriebsschließungen - eine Bestandsaufnahme, Hamburg und München
- Dörre, K. (2002): Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus, Wiesbaden
- Dörre, K.; Röttger, B. (Hg.) (2003): Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells, Hamburg
- Drinkuth, A. (2007): Die Subjekte der Subjektivierung, Handlungslogiken bei entgrenzter Arbeit und ihre lokale Ordnung, Berlin
- Dzielak, W.; Hindrichs, W.; Martens, H.; Stanislawski, V.; Wassermann, W. (1978): Belegschaften und Gewerkschaft im Streik. Am Beispiel der chemischen Industrie, Frankfurt/New York
- Dzielak, W., Hindrichs, W.; Martens, H. (1979): Den Besitzstand Sichern! Der Tarifkonflikt 1978 in der Metallindustrie Baden-Württembergs, Frankfurt/New York
- Dzielak, W.; Hindrichs, W.; Martens, H.; Schophaus, W. (1981): Arbeitskampf um Arbeitsplätze. Der Tarifkonflikt 1978/79 in der Stahlindustrie, Frankfurt/New York
- Embacher, Serge (2009): Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdross in Deutschland, Bonn
- Ferber, C. v. (1961): Die Institution der Arbeit in der industriellen Gesellschaft – Versuch einer theoretischen Grundlegung. Habil. Schrift, Göttingen (nur teilweise veröffentlicht)
- Ferber, C. v: (1997): Sozialforschung – Ein zukunftsweisendes Modell für Interdisziplinarität und Praxisorientierung, in: ARBEIT, 2/1997, S. 139-153
- Fricke, W.; Peter, G.; Pöhler, W. (1982): Beteiligen, Mitgestalten, Mitbestimmen – Arbeitnehmer verändern ihre Arbeitsbedingungen, Düsseldorf
- Gärtner, P. (2004): Globalisierung als Epochenbruch?, www.linxxnet.de/archiv/htext2.htm
- Geiling, H.; Meise, S.; Eversberg, D. (2008): Gewerkschaft und soziale Milieus. Eine vergleichende Studie über Nähe- und Distanzbeziehungen in drei Regionen. (Endbericht zum Forschungsbericht), Hannover (Veröffentlichung in Vorbereitung)
- Georg, A.; Martens, H.; Peter, G.; Müller, K. (Hg.) (2009): Arbeit und Konflikt. Dortmund
- Gerst, D. (2002): Wandel betrieblicher Kontrollpraktiken im Lichte einer poststrukturalistischen Machtanalytik, in: SOFI-Mitteilungen, Nr. 30. S. 91-108
- Gerum; E.; Steinmann, H. Fees, W. (1988): Der mitbestimmte Aufsichtsrat, Stuttgart
- Göhler, G. (Hg.) (1987): Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Forschungsstand-Probleme-Perspektiven, Opladen
- Göhler, G. (Hg.) (1994): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden

- Haubl, R.; Voß, G.G. (2009): Psychosoziale Kosten turbulenter Veränderungen. Arbeit und Leben in Organisationen 2008, in: Positionen. Beiträge zur Beratung in der Arbeitswelt, 1/2009, S. 2-8
- Hauriou, M. (1965): Die Theorie der Institution und zwei andere Aufsätze (frz. zuerst 1925), Hg. Von Schur, R., Berlin
- Heil, R.; Hetzel, A.(2006): Die unendliche Aufgabe – Perspektiven und Grenzen radikaler Demokratie, in: dies. (Hg.):Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld, S. 7-23
- Hexel, D. (2009):Mitbestimmung als Entwicklungsressource in der wissensbasierten Industriegesellschaft, in: Ders: (Hg.): Never Change a Winning System. Die Mitbestimmung von heute auf dem Erfolgsweg für morgen, Marburg, S. 143-151
- Höpner, M. (2004): Unternehmensmitbestimmung unter Beschuss. Die Mitbestimmungsdebatte im Licht der sozialwissenschaftlichen Forschung, MPIfG Discussion Paper
- Höpner, M. (2007): Behutsame Modernisierung. Erste Einschätzung der Vorschläge der Biedenkopfkommission, in: Die Mitbestimmung, Heft 1+2,2007, S. 46-52
- Hörisch, F. (2010): Mehr Demokratie wagen – auch in der Wirtschaft. Die Weiterentwicklung der Unternehmensmitbestimmung in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise, in: WISO direkt, Februar 2010, S. 1-4
- Howaldt, J.; Minssen, H. (Hg.) (1993): Lean, leaner...? Die Veränderung des Arbeitsmanagements zwischen Humanisierung und Rationalisierung, Dortmund
- Idw (2008): Gewerkschaften im Osten auf dem Rückzug, Informationsdienst Wissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Pressemitteilung 22.12. 2008
- Institut für Sozialforschung (IfS) (1954): Betriebsklima, Frankfurt a. M. (Ms)
- Jürgens, U.; Lippert, I. (2005): Kommunikation und Wissen im Aufsichtsrat: Voraussetzungen und Kriterien guter Aufsichtsratsarbeit aus der Perspektive leitender Angestellter, Discussion Paper II 2005-301, Wissenschaftszentrum Berlin
- Jürgens, U.; Lippert, I. (2009): Ansätze zur Verbesserung von Information, Kommunikation und Wissen im Aufsichtsrat, in: Hexel, D. (Hg.): Never Change a Winning System. Erfolg durch Mitbestimmung, Marburg, S. 157-165
- Kirsch, W.; Scholl,Scho9ll, W.; Paul, G. (1984): Mitbestimmung in der Unternehmenspraxis. Eine empirische Bestandsaufnahme, München
- Klatt, R. (1995): Zu einer hermeneutischen Soziologie der betrieblichen Mitbestimmung. Konstruktivistische Perspektiven in der Analyse des Alltags von Betriebsräten, Münster/Hamburg/London
- Kollmorgen, R. (1996): Schöne Aussichten? Eine Kritik integrativer Transformationstheorien, in: Kollmorgen, R; Reißig, R.; Weiß, J. (Hg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, S. 281-332
- Kommission Mitbestimmung (1998): Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen – Bilanz und Perspektiven, Gütersloh
- Korflür, I.; Nettelstroth., W.; Schilling,. G.; Schlette, M.; Vanseloh, A. (2010): „Besser statt billiger“ im Betrieb, in WSI-Mitteilungen 2,2010, S. 109-112
- Kotthoff, H. (1994): Betriebsräte und Bürgerstatus, München und Mering
- Kotthoff, H. (1981): Betriebsräte und betriebliche Herrschaft. Eine Typologie von Partizipationsmustern im Industriebetrieb, Frankfurt am Main
- Kotthoff , H. (2006): Lehrjahre des europäischen Betriebsrats. Zehn Jahre transnationale Arbeitnehmervertretung, Berlin
- Kuhrana, T.; Müller, B. (2004): Der Arbeitskreis *Psychologie und Postmoderne*, www.fu-berlin.de/postmoderne-psych/postmoderne/praktikum.htm
- Krugman, P. (2009): Die Neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt/Main
- Lehmbruch, G. (1996): Die Rolle der Spitzenverbände im Transformationsprozess. Eine neoinstitutionalistische Perspektive, in: Kollmorgen, R.; Reißig, R.; Weiß, J. (Hg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, Opladen, S.117-146
- Lepsius, M. R. (2003), „Die Soziologie ist in einer Dauerkrise. Gespräch mit Georg Vobruba“, in: Soziologie, Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 32.Jg. Heft 3, S.20-30.

- Lepsius, M. R. (2008): Blicke zurück und nach vorne. M- Rainer Lepsius um Gespräch mit Adalbert Hepp und Martina Löw, in: Hepp, A.; Löw, M. (2008)M. Rainer Lepsius. Soziologie als Profession, Frankfurt/New York, S.11-75
- Lieb, A. (2009):Demokratie: Ein politisches und soziales Projekt? Zum Stellenwert von Arbeit in zeitgenössischen Demokratiekonzepten, Münster
- Lipietz, A. (1993): Towards a New Economic Order. Postfordism, Ecology and Democracy, Cambridge
- Lohr, K.; Röbenack, S.; Schmidt, E. (1995): Industrielle Beziehungen im Wandel, in: Schmidt, R.; Lutz, B. (Hg.) 1995: Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland, Berlin, S. 183-216
- Lohr, K. (2003): Subjektivierung von Arbeit. Ausgangspunkt einer Neuorientierung der Industrie- und Arbeitssoziologie? In: Berliner Journal für Soziologie, S.511-529
- Lutz, B.; Schmidt, G. (1977): Industriesoziologie, in: König, R. (hg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 8, Stuttgart, S. 101-262
- Manow, P. (2008): Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation, Frankfurt am Main
- Martens, H. (1986): Das Mitbestimmungsgesetz 1976: wenig mehr als ein Informationsgesetz, in: Die Mitbestimmung 4/1986, 149ff
- Martens, H. (1994): Empirische Institutionenforschung – theoretische und methodologische Aspekte am Beispiel der Mitbestimmungsforschung, in: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S. 273-300
- Martens, H. (1996):Zur Institutionalisierung von Mitbestimmung in Ostdeutschland im Kontext der Modernisierung der industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kollmorgen/Reißig/Weiß (Hg.) (1996): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, Leske und Budrich
- Martens, H. (1997): Schlechte Zeiten für die Mitbestimmung? In: Arbeit 1/1997, S. 85-94
- Martens, H. (1998): Auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft ? – Mitbestimmung in den neuen Bundesländern, in: Nutzinger H.-G. (Hg.) (1998) Perspektiven der Mitbestimmung
- Martens, H. (1999): Auslaufmodell oder Reformkonzept für die moderne Teilhabegesellschaft. Eine kritische Würdigung der Ergebnisse der neuen Kommission Mitbestimmung von Hans-Böckler-Stiftung und Bertelsmann Stiftung, in: Soziale Welt, 1/1999, S. 67 – 86
- Martens, H. (2002): Die Zukunft der Mitbestimmung beginnt wieder neu. Bilanz und Perspektiven der Mitbestimmung im Lichte von Grundlagen- und Auftragsforschung, Beratung und Forschungstransfer in den 1990ern, Münster-Hamburg-London
- Martens, H., (2006): Ansatzpunkte und Grenzen unternehmensübergreifender gewerkschaftlicher Politik unter den Bedingungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976, in: Diefenbacher, H.; Nutzinger, H. G., (1986): Mitbestimmung in Betrieb und Verwaltung. Konzepte und Formen der Arbeitnehmerpartizipation, Heidelberg, S. 89-109
- Martens, H. (2007): Industriesoziologie im Aufbruch?, Herausforderungen empirischer Arbeitsforschung im Epochenbruch, Münster
- Martens, H. (2008): Arbeits- und Industriesoziologie: Ende der Debatte bedeutet nicht Ende der Krise, in: Soziale Welt 2/2008, S. 790-100
- Martens, H. (2010a): Neue Wirtschaftsdemokratie – Herausforderungen und Anknüpfungspunkte im Zeichen ökonomischer, ökologischer und politischer Krise, Hamburg (i.E.)
- Martens, H. (2010b): Mitbestimmung und „neue Wirtschaftsdemokratie“. Zweite Fortschreibung der Auswertung des FNPA-Workshops „Perspektiven der Mitbestimmung – Demokratisierung der Wirtschaft“ am 30./31. Januar 2009 in der ver.di-Bildungsstätte Berlin-Wannsee, www.FNPA.de
- Martens, H. (2010c):Beteiligung als soziale Innovation, in Howaldt, J.; Jacobsen, H., Kopp, R., (Hg.): Soziale Innovation, Wiesbaden, S. 371-390
- Martens, H.; Dechmann, U. (2010): Am Ende der Deutschland AG: Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Manow, P. (2008): Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation, Frankfurt am Main

- Meyn, C.; Peter, G. (2010): Arbeitssituationsanalyse, Bd. 1: Zur phänomenologischen Grundlegung einer interdisziplinären Arbeitsforschung, Wiesbaden
- Moldaschl, M. (2002): Foucaults Brille, in: Subjektivierung der Arbeit, Reihe: Arbeit, Innovation, Nachhaltigkeit, Band 1 München/Mering, S. 135-176
- Moldaschl, M. (2004): Partizipation und/als/statt Demokratie. Zum Entwicklungsverhältnis von gesellschaftlicher Demokratisierung und organisationaler Partizipation, in: Weber, G.; Pasqualoni, P.-P.; Burtscher, C. (Hg.): Wirtschaft, Demokratie und soziale Verantwortung, Göttingen, S. 216-246
- Mouffe, C.. (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, Frankfurt am Main
- Müller-Jentsch, W. (1986): Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung, Frankfurt/New York
- Müller-Jentsch, W. (1997): Soziologie der industriellen Beziehungen, 2. Überarbeitete und erweiterte Auflage, Frankfurt/New York
- Naphtali, F. (1977/1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt
- Neuendorff, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (Hg.): Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Modell im Meinungsstreit, Hamburg
- Neuloh, O. (1960): Der neue Betriebsstil – Untersuchungen über Wirklichkeit und Wirkungen der Mitbestimmung, Tübingen
- Oertzen., P. v. (1976) Betriebsräte in der Novemberrevolution ((2. erweiterte Auflage) Berlin .Bonn-Bad Godesberg (Erstauflage Düsseldorf 1963)
- Oevermann, U. (1996): Skizze zu einer revidierten Theorie professionalisierten Handelns, in: Combe, A.; Helsper, W. (Hg.): Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns, Frankfurt am Main, S. 93-249
- Peter, G. (1992): Theorie der Arbeitsforschung. Situation, Institution, System als Grundkategorien empirischer Arbeitsforschung, Frankfurt/New York
- Peter, G. (1997): Theorie und Praxis der Arbeitsforschung, Frankfurt am Main
- Peter, G. (2007) (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg
- Peter, G. (2009): Wirtschaftsdemokratie und Arbeitsgestaltung – Neuinterpretation und Aktualität des HdA-Programms, Dortmund (Manuskript)
- Pirker, T. (1978): Von der Mitbestimmungs- zur Partizipationsforschung, in: Bolte, K. M. (Hg.): Materialien zur Soziologischen Forschung. Verhandlungen des 18. Deutschen Soziologentages vom 28. September bis 1. Oktober 1976 in Bielefeld, Darmstadt und Neuwied, S. 20-40
- Pirker, T.; Braun,S.; Lutz, B.; Hammelrath, F. (1955): Arbeiter, Management, Mitbestimmung, Stuttgart und Düsseldorf
- Pöhler, W. (1970): Der Soziale Konflikt als Hauptaspekt industriesoziologischer Forschung, Dortmund, veröffentlicht in: Georg, A.; Martens, H.; Müller, K.; Peter, G. (Hg.): Arbeit und sozialer Konflikt, sfs-Dortmund, Beiträge aus der Forschung Bd. 165, S. 158-164 (i. E.)
- Popitz, H.; Bahrdt, H. P.; Jüres, E. A.; Kesting, H. (1957): Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main
- Rehberg, K.-S. (1994): Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen, in: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart politischer Institutionen, Baden-Baden, S. 47-84
- Sauer, D. (2008): Industriesoziologie – Mehr als eine akademische Disziplin. Ein historischer und subjektiver Blick in ihre Zukunft, in: Huchler, N. (Hg.): Ein Fach wird vermessen. Positionen zur Zukunft der Disziplin Arbeits- und Industriesoziologie, Berlin, S. 199-218
- Schneider, G.; Hemkes, B.(2010) (Hg.):Über den Tellerrand hinaus. Gewerkschaftliche Impulse für eine nachhaltige Bewältigung der Krise. Düsseldorfer Krisengespräche des DGB NRW, Düsseldorf

- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O. (2006): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster
- Scholz, D.; Pieper, Schmidt-Hullmann, A.; Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Wolf, F.O. (Hg.) (2009): „Europa sind [doch] wir – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa“, Münster
- Schumann, M. (2002): Das Ende der kritischen Industriesoziologie? *Leviathan*, 4/2002, S. 235 – 244
- Schumann, Michael (2005): Mitbestimmung als Medium ressourcenorientierter, innovativer Unternehmenspolitik, SOFI-Mitteilungen, Nr. 33, S. 7-15
- Sperling, H. J.; Wolf, H. (2010): Zwischen Sicherung und Gestaltung – Varianten mitbestimmter Innovation in der Industrie. In: *WSI-Mitteilungen* 2, 2010, S.
- Streeck, W. (1983): *Co-Determination: The Forth Decade*. Berlin (Wissenschaftszentrum, Im LMP 83-1)
- Streeck, W. (Hg.) (1985): *Industrial Relations and Technical Change in the British., Italian and German Automobile Industria: Three Case Studies*. Discussion Paper IIM/LP 85-5, Wissenschaftszentrum Berlin
- Streeck, W., (1989) *Kollektive Arbeitsbeziehungen und industrieller Wandel: Das Beispiel der Automobilindustrie*, in: Martens, H.; Peter, G. (Hg.): *Mitbestimmung und Demokratisierung. Stand und Perspektiven der Forschung*, Wiesbaden, S. 188-215
- Streeck, W. (2008): *Von der gesteuerten Demokratie zum selbststeuernden Kapitalismus. Die Sozialwissenschaften in der Liberalisierung*, MPIfG Workingpaper 08/7, Köln
- Wallerstein, I. (1996): *Die Sozialwissenschaften öffnen. Ein Bericht der Gulbenkian Kommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften*, Frankfurt-New York
- Wallerstein, I. (2004): *Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht*, Hamburg
- Wallerstein, I. (2010): *Krise des kapitalistischen Systems – und was jetzt?* In: Wallerstein, I.; Müller, H. (2010): *Systemkrise: Und was jetzt? Utopistische Analysen*, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* 4/2010
- Wetzel, D. (2005): „Tarif aktiv“ – „besser statt billiger“. Leitprojekte für eine veränderte Praxis, in: Detje, R.; Pickshaus, K.; Urban, H.-J. (Hg.) *Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien*, Hamburg, S. 161- 171
- Wetzel, D.; Weigand, J.; Niemann-Findeisen, S.; Lankau, T. (2008): *Organizing. Die mitgliederorientierte Offensivstrategie für die IG Metall. Acht Thesen zur Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit*, Frankfurt am Main,
- Wiesenthal, H. (1998): *Globalisierung als Epochenbruch – Maximaldimensionen eines Nicht-nullsummenspiels* (Überarbeitete Fassung, Mai 1998)
- Witte, E. (1982): *Das Einflussssystem der Unternehmung in den Jahren 1976 und 19 1981. Empirische Befunde im Vergleich*, in: *Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung* 5/1982, S. 416ff
- Wittke, V.; Wolf, H.J.; Sperling, J.; Kädtler, J. (2010): *Mitbestimmte Innovation – kein Widerspruch in sich!* In: *Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin*, Ausgabe 04. Juli 2010, www.gegenblende.de
- Witte, E. (1982): *Das Einflussssystem der Unternehmung in den Jahren 1976 und 1981. Empirische Befunde im Vergleich*, in: *Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung* 5/1982, S. 416ff
- Wolf, F. O. (2001): „Selberausbeutung“ im Übergang wohin? - Überlegungen zur „Neuen Arbeit“ im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten, in: Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F.O. (Hg.): *Zwischen Selbstbestimmung und Selbstaubeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit*, Frankfurt am Main, S. 211- 242
- Wolf, F. O. (2006): *Der „Epochenbruch“ als historisches Periodisierungsproblem: Epochenmerkmale der jüngeren Vergangenheit*, in, Scholz, D. u. a. (Hg.) (2006): *Gewerkschaften und Wissenschaft*, S. 180-192
- WSI-Projektgruppe (1981): *Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb*, Köln

- Zinn, K. G. (1996): Zwanzig Jahre Wirtschaftskrise – Signal eines Epochenwandels? Über Arbeitslosigkeit, Bewältigungsrethorik und den Glauben an einfache Rezepte, in: ARBEIT 3/1996, S. 298 – 317
- Zinn, K. G. (2004): Finanzmarktgetriebene Globalisierung – Einkommenspolitik im Shareholderkapitalismus, in: Wagner, H.;Schild, A. (Hg.): Der Flächentarif unter Druck. Die Folgen von Verbetrieblichung und Vermarktung, Hamburg, S. 23-36